PB.Z-01-219

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 219 bis 236:

~~Jüdisches Leben in seiner Vielfalt und seiner Selbstentfaltung in Deutschland werden wir konsequent fördern und sichtbar machen. Wir unterstützen Projekte und Initiativen, die jüdisches religiöses Leben, Kultur und Bildung stärken. Wir wollen politische und kulturelle Bildungsangebote für alle Bürger*innen zugänglich machen, um Wissen über das jüdische Leben sowie Kontakte und Erfahrungen mit jüdischen Menschen und Einrichtungen zu vermitteln, auch über schulische und universitäre Curricula. Dafür müssen sich jüdische Menschen in Deutschland sicher fühlen können. Sicherheit von Jüdinnen und Juden und den Schutz jüdischer Einrichtungen und Gemeinden müssen wir umfassend gewährleisten. Antisemitische Anschläge in der Gegenwart, allen voran der von Halle, erinnern uns daran, wie stark der Antisemitismus noch immer in Deutschland verbreitet ist. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Antisemitismus, auch im Alltäglichen, mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten. Dafür braucht es bessere Analysekapazitäten und eine entschlossene Ahndung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle. Antisemitische Narrative und verschwörungsideologische Erzählungen – auch im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen – müssen entlarvt werden. Präventionsmaßnahmen und sensibilisierende Aus- und Fortbildungen, allen voran der Mitarbeiter*innen von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie der Gerichte, wollen wir gezielt ausbauen. Antisemitismus soll auch abseits des Geschichtsunterrichts in den Lehrplänen verankert werden.~~

225 ff Menschen jüdischen Glaubens müssen sich in Deutschland sicher fühlen können – ohne Wenn und Aber. Sicherheit von Jüdinnen und Juden und der Schutz jüdischer Einrichtungen und Gemeinden müssen wir umfassend gewährleisten. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Antisemitismus, auch im Alltäglichen, mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten. Hassreden, antisemitische Veröffentlichungen und Verharmlosung von Nazi-Morden bis hinein in die Parlamente, mobilisieren in wachsender Zahl einen Mob sogenannter Einzeltäter, die nicht vor Morden zurückschrecken. Die Lehre aus Halle muss sein: Die Vernachlässigung der Verfolgung und Aufklärung antisemitischer Straftaten muss ein Ende haben. Präventionsmaßnahmen und sensibilisierende Aus- und Fortbildungen, allen voran der Mitarbeiter*innen von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie der Gerichte, wollen wir gezielt ausbauen. Aufklärung über den kriminellen Antisemitismus und Ahndung antisemitischer Hetze und Gewalt sowohl in Jugendeinrichtung, Schulen, als auch in der Ausbildung von Pädagog*innen, Jurist*innen und allen Sicherheitsorganen werden wir verankern.
Auf allen Ebenen der Legislative, der Judikative und der Exekutive gilt: Null Toleranz gegenüber antisemitischer Hetze und antisemitischer Gewalt gegen Personen und Sachen. Die Umsetzung zum Schutz der Bürger*innen muss überall zur Chef*innen-Sache werden.

Begründung

Der Text im Entwurf ist vollkommen unzureichend und damit hinsichtlich der Gefahren und Bedrohung unserer Bürger*innen nichts zu ihrem Schutz sagend und geradezu verharmlosend. Der Text muss geändert werden, weil er in seiner bisherigen Fassung geradezu beängstigend unkonkret ist und die Verantwortung der künftigen Regierung und der Staatsorgane nicht benennt.

weitere Antragsteller*innen

Tabitha Elkins (KV Erlangen-Stadt); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Kerstin Dehne (KV München); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Johnny Stengel (KV Hamburg-Nord); Matthias Henneberger (KV Wunsiedel); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Jens (Jan) Erdmann (KV München); Reinhard Bayer (KV Gießen); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Verena Fuchslocher (KV Mannheim); Andreas Müller (KV Essen)